Stadtratssitzung 19.03.2010

Haushaltsrede 2010

Sehr geehrter Herr OB,
Herr Stadtratsvorsitzender,
sehr geehrte Abgeordnete und Gäste

Wir erreichen heute mit der Beschlussvorlage zum HH-Plan 2010 eine neue negative Qualität. Der Oberbürgermeister will mit Hilfe des Stadtrates eine gegen die Rechtsvorschriften des Landes, die ThürKO (§53 Satz 3) verstoßende Haushaltssatzung beschließen lassen. Der HH-Plan 2010 weist trotz des beschlossenen HH-Sicherungskonzeptes 2009 - 2013 noch ein Defizit von ca. 9,5 Mill. € aus. Dieses Defizit soll aus Sicht des Oberbürgermeisters und der ganz großen Koalition in diesem Stadtrat durch eine Überbrückungshilfe des Landes ausgeglichen werden. Dies halten wir mittlerweile nicht mehr für Blauäugigkeit, sondern für Traamtänzerie. Außer einer schriftlichen Befürwortung durch das Landesverwaltungsamt und nach wohlwollenden Gesprächen mit Vertretern des Innenministeriums zur Prüfung liegen keine verbindlichen Zusagen des Landes vor. Darauf wird auch vielfach im Vorbericht des HH-Planes hingewiesen. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hält diese Verfahrensweise für rechtswidrig und wird deshalb dieser HH-Satzung nicht zustimmen.

Die Stadt Eisenach wäre theoretisch noch nicht einmal bei sofortiger Streichung der insbesondere der im Einzelplan 3 Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege (des VWHH) ausgewiesenen freiwilligen Aufgaben wie die Musikschule, Bibliothek, Museen, Theater und Volkshochschule mit

saldierten Kosten in Höhe von – 4,2 Mill. € in der Lage den Haushalt auszugleichen.

Und diese Haushaltslage ist ja für 2010 kein einmaliger Zustand sondern setzt sich wie auf Seite 68 unter der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit ausgewiesen bis mindestens 2013 mit Defiziten jedes Jahr von ca. 8 Mill. € trotz HH-SK fort. Die Stadt Eisenach befindet sich aus unserer Sicht nicht in einer dramatischen Finanzsituation sondern ist praktisch nicht mehr handlungsfähig.

Die Gründe wie die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, daraus resultierend, Minderung der Steuereinnahmen, höhere Sozialausgaben, weiterhin die Aufgabenübernahme von Land und Bund ohne angemessene Finanzausstattung und insbesondere die Kreisfreiheit von Eisenach, die sich über die Jahre als nicht überlebensfähige Struktur erweist, sollen hier nur kurz benannt werden. Auch die demografische Entwicklung spielt eine Rolle.

In diesem Stadtrat, wir sind schließlich das letzte Glied (die Basis) im föderalistischen System der Bundesrepublik, muss man auch mal seine Forderungen an Bund und Land kundtun um längerfristig aus dieser o.g. dramatischen Situation herauszukommen. Der Bund muss im Hinblick auf eine schnelle Reform der Gemeindefinanzen die Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre Einnahmen zu stabilisieren durch:

- einen Verzicht auf weitere Steuersenkungen
- eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer
- eine Verstetigung und ökologische Ausrichtung der Grundsteuer
- eine Altschuldenhilfe nicht nur für besonders

finanzschwache Bundesländer, sondern auch für besonders notleidende Kommunen

Die Städte und Gemeinden sind von den Kosten steigender Sozialausgaben zu entlasten durch eine Neuausrichtung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für ALG II-Empfänger an den tatsächlichen Unterkunftskosten.

Durch Bund und Land ist eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen in der Gesetzgebung sicherzustellen durch

- eine Regelung zur „Konnexität“, um zu verhindern, dass die Kosten von Gesetzesvorhaben auf die Kommunen abgewälzt werden
- verbesserte Anhörungsrechte im Gesetzgebungsverfahren

Vom Land fordern wir eine umfassende Gebietsreform, die die Stadt Eisenach wieder zu einer handlungsfähigen Gebietskörperschaft macht.

Im Vorbericht des HH-Plan 2010 selbst finden sich keine Lösungsansätze, mit der eine dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt wieder hergestellt werden kann und auch kein sogenannter Plan B beim teilweise oder gänzlichen Ausfall der eingeplanten Überbrückungshilfe. Die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bietet dem Oberbürgermeister und der ganz großen Koalition aber an konstruktiv an der Umsetzung des letzten Satzes des Vorberichtes mitzuarbeiten, der da lautet:
„Nur ein Paket an Maßnahmen, die einerseits die Stadt einleitet und die andererseits vom Land sichergestellt werden, wird es ermöglichen, eine zukunftsfähige stabile Finanzsituation aufzubauen.“

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Stefan Schweßinger

Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN